

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale

Mit den Zeitungen: „Der rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschafter“, „Rote Fahne“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“, „Leibzucht“, „Der Jungarbeiter“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 einwohler)

## Unternehmeroffensive in Schlessien!

### Die Schulreaktion

#### Dem Reichsschulgesetz härtester Kampf!

Der Entwurf des Reichsinnenministers Schiele zu einem Reichsschulgesetz in Ausführung des Artikels 146 der Weimarer Verfassung ist ein neuer, ungeheurer, gefährlicher Anschlag gegen die deutsche Arbeiterklasse.

Dieser Entwurf will das öffentliche Bildungswesen Deutschlands nach Belieben zerschlagen; Er will den Kirchen die Kontrolle über Geist und Inhalt der Schule einräumen; Er will die Ausbildung und die ganze Erziehungsarbeit der Lehrer unter die Aufsicht der Kirchen stellen; Er will also den Kirchen die uneingeschränkte Beherrschung der Schule geblüht zuerkennen.

Der politische Sinn dieses Reichsschulgesetzentwurfs ist folgender: Die deutsche Bourgeoisie hatte nach ihrem Bankrott im Jahre 1918, um ihre Klassenherrschaft zu retten und die Arbeiterklasse um die Früchte ihrer Revolution zu betrügen, auf allgemein politischem und auch auf schulischem Gebiet eine Reihe „demokratischer“ Konzessionen machen müssen. Diese haben der Sozialdemokratie ermöglicht, die proletarischen Massen von der Durchführung ihrer Revolution abzuhalten. Nachdem aber die Bourgeoisie mit Hilfe der sechsjährigen Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der SPD. ihre Machtposition so gefestigt hat, daß sie das Proletariat wieder in die schwerste politische und wirtschaftliche Knechtschaft herabgedrückt hat, geht sie jetzt dazu über, auch auf dem Gebiet der Erziehung und Bildung die letzten geringfügigen Konzessionen auszusüßeln und die Schule wieder unverhüllt und ungehemmt in den Dienst ihrer reaktionären Absichten zu stellen.

In der konfessionellen Schule erblickt die Bourgeoisie ein Mittel, um das Proletariat die durch den Krieg und Revolution geforderten ideologischen Fesseln wieder so fest anzuschmiegen, daß es in seinem politischen Befreiungskampfe aufs schwerste gehindert wird. Sie berührt Kirche und Schule nicht anders als Bolzen und Zuchthaus: um ihre Ausbeuterpolitik und ihre Klassenherrschaft zu sichern.

Ein Teil der nichtkatholischen Bourgeoisie, insbesondere der Demokraten, Volkspartei und auch der Deutschnationalen, möchte den Reichsschulgesetzentwurf des Deutschnationalen Schiele ablehnen, weil er befürchtet, daß die unumschränkte Herrschaft der katholischen Kirche über einen großen Teil des deutschen Schulwesens die politischen Machtpositionen des Zentrums außerordentlich stärken würde. Sie möchte deshalb die Staatsaufsicht durch die evangelische Bourgeoisie, mit ihrer neuen Sammellosung, die auf eine „christliche Simultanschule“ hinausläuft (s. Minister Voelck im „Hamburger Korrespondent“ v. 8. September) — also genau das, wie die katholische, unter der Maske der „christlichen Lehre“, des „christlichen Geistes“, der „christlichen Sittlichkeit“ eine hundertprozentige Reaktion in der Schule zur Niederhaltung der proletarischen Klasse.

Für die Arbeiterklasse macht es keinen wesentlichen Unterschied, ob sie nach der Methode der evangelischen Bourgeoisie, oder nach der Methode der katholischen Bourgeoisie gefesselt und unterdrückt werden soll. Sie muß mit der größten Erbitterung gegen jede Methode der Schulreaktion kämpfen.

Die Sozialdemokratie hat das historische „Verdient“, im Jahre 1918 die deutsche Bourgeoisie vor dem Untergang gerettet zu haben. Sie hat ihr durch ihre Zustimmung zu dem berüchtigten Schulkompromiß der Weimarer Verfassung auch die Plattform gegeben zu dem gegenwärtigen Vorstoß gegen die Arbeiterklasse. Mit dem Absatz 1 des Artikels 146 der Verfassung hat die Sozialdemokratie die Arbeitermassen betrogen, solange die Bourgeoisie schwach war. In ihm wird die organisatorische Einheit des Schulwesens, unter Ausschaltung der Konzessionen festgelegt. Aber im zweiten Absatz wird die Zerstückelung des Schulwesens auf der Grundlage der Konfessionen erlaubt. Mit dieser Bestimmung und dem Artikel 149 als Rechtsgrundlage, führt die Bourgeoisie jetzt, nachdem sie wieder stark geworden, die Schulreaktion zur Vollendung.

Die Sozialdemokratie hat die Erläuterung eines proletarischen Staates mit proletarischer Schule abgelehnt, um die kapitalistische Klassenherrschaft zu retten und ihr die Schule als Werkzeug gegen das Proletariat zu überlassen. Die Weltlichkeit und Einheitslichkeit des Schulwesens hat die Sozialdemokratie für ein paar „weiliche“ Schulen verkauft, um damit den Schulkampf des Proletariats in eine Sackgasse zu führen. Die kommunistische Partei wird natürlich die einmal errichteten sogenannten „weilichen“ Schulen

### Neue Verhandlungskomödie im Bergbau

#### Was die Kommunisten fordern?

Waldenburg, 9. Oktober.

Trotz der eindeutigen Haltung der Grubenherren, die immer wieder verkünden, daß eine siebenprozentige Lohnerhöhung für sie „nicht tragbar“ sei, gibt der sozialdemokratische Schlichter, der Oberpräsident z. B. Philipp, seine Bemühungen, eine Einigung — natürlich auf Kosten der Arbeiter — zu erzielen, nicht auf. Er hat für den kommenden Dienstag neue Verhandlungen angelehrt. Nun soll das Spiel, das vor acht Wochen begonnen hat, wieder von vorn anfangen. Trotz des angelegten neuen Termins für Verhandlungen erklären die Unternehmer schon heute in den bürgerlichen Zeitungen, daß eine Zurücknahme der Kündigungen für sie nur in Frage käme, wenn die Arbeiter ihrerseits auf die gültig erklärte Lohnerhöhung verzichten. Die Unternehmer glauben wahrscheinlich, sie könnten mit dieser unerhörten Forderung die Waldenburger Bergarbeiter auf neue Beine stellen. In den Schachtanlagen ist die Erregung über das Vorgehen der Grubenherren immer mehr im Wachen begriffen, die Waldenburger Bergarbeiter büßen und werden sich nicht auf dieses neue Verhandlungsziel einlassen.

### Die kommunistische Landtagsfraktion zum Bergarbeiterkampf

Infrage und Antrag.

(Sig. Drahtst.) Berlin, 9. Oktober.

Um das preussische Staatsministerium, in dem bekanntlich noch Sozialdemokraten sitzen, zu zwingen, zu dem skandalösen Vorgehen der Waldenburger Grubenherren Farbe zu bekennen, stellt die kommunistische Abgeordnete Schulz-Sittlerbach, Sendorfsch-Hindenburg und die übrigen Mitglieder der kommunistischen Fraktion im Preussischen Landtag folgende

#### Kleine Anfrage:

Gerade zu der Zeit, wo der Ostausbruch das fürchterliche Elend der ober-schlesischen sowie Waldenburger Berg- und Hüttenarbeiter liebt, geht durch die Presse die Meldung, daß die Grubenherren im Waldenburger-Neuroder-Kohlenrevier am 5. Oktober ihren 30 000 Bergarbeitern gekündigt haben.

Diese Kündigung ist erfolgt, weil das Reichsarbeitsministerium einen Schiedspruch, der den Bergarbeitern auf ihre Hungerlöhne eine Aufbesserung von sieben Prozent vorlegt, gefällt hat. Sollte diese Entlassung Tatsache werden, so wird das schon bestehende Elend ins Unermessliche steigen.

Wir fragen daher: Ist das Staatsministerium bereit, die Reichsregierung zu veranlassen:

1. die Grubenverwaltungen in den bezeichneten Revieren zu zwingen, die Kündigungen sofort wieder zurückzunehmen?
2. die Grubenherren zu veranlassen, daß den Bergarbeitern die siebenprozentige Lohnerhöhung endlich gesahlt wird?

Ferner stellen für die Fraktion die Genossen Schulz-Sendorfsch und Wied folgende

#### Antrag:

Sollte die Entlassung der 30 000 Berg- und Hüttenarbeiter in Waldenburg zur Tatsache werden, so wird das schon bestehende Elend der Arbeiterklasse des Waldenburger-Neuroder Reviers ins Unermessliche gesteigert. Handel und Gewerbe werden schwere Schädigungen erleiden, die Gemeinden werden durch Steuer- ausfälle und soziale Hilfsmassnahmen schwere Lasten zu tragen haben.

Der Landtag wolle daher beschließen, das Staatsministerium zu beauftragen, zum Schutze der Berg- und Hüttenarbeiter, der Gemeinden und der gewerblichen Kreise des Waldenburger-Neuroder Kohlenreviers folgende Massnahmen zu treffen:

1. Auf die Reichsregierung schleunigst und nachdrücklich einzutwirken, daß die Grubenherren des Waldenburger-Neu-

roder Reviers zur Anerkennung des Schieds- spruchs, zur Zahlung der Lohnerhöhung und zur Zurücknahme der Kündigungen veran- laßt werden.

2. Für den Fall, daß sich die Grubenherren weigern, den Schiedspruch anzuerkennen und die Kündigungen zurück- zunehmen, Vorkehrungen zu treffen, damit beim Eintritt der Betriebsstilllegungen die Entlassung der Men- schen und ihre Weiterführung durch den Staat erfolgen kann.
3. Den Kreisen und Gemeinden des Waldenburger-Neuroder Reviers ausreichende Mittel zuzuführen, damit sie im Fall der Betriebsstilllegungen die notwendigen Hilfsmassnahmen — Erwerbslosenunterstützung, Speisung usw. — durchführen können.

### Ausperrungen und Stilllegungen in ganz Schlessien!

(Sig. Drahtst.) Glatz, 9. Oktober.

Der Arbeitgeberverband der Glasindustriellen der Grafschaft Glatz hat sämtliche Glasarbeiter ausgebeuert. Die Betriebe des Schlichters, noch in letzter Minute eine Einigung herbeizuführen, scheiterten an dem glatten „Nein“ der Unternehmer, während die Arbeiter zu weitgehendem Entgegenkommen bereit waren.

(Sig. Bericht.) Breslau, 9. Oktober.

Nachdem die Breslauer Steinleher wegen gescheiterter Lohnverhandlungen am 1. Oktober in den Streik getreten sind, hat der schlesische Verband für das Steinlehergewerbe die Ausperrung sämtlicher Steinleher und Rammer für die Provinz Niederschlesien beschlossen.

(Sig. Drahtst.) Oppeln, 9. Oktober.

Die Bogolin-Oraschauer Zementfabrik in Rgl. Neuborf bei Oppeln hat wegen angeblichem Mangel an Kraftbetrieb stillgelegt und sämtliche Arbeiter für Ende Ok- tober gekündigt.

### Wie schlesische Arbeiter sterben

#### Berhungert!

Sprottau, 8. Oktober. Bei Waltersdorf, Kr. Sprottau wurde der Rentenempfänger Friedrich Konchek Mittwoch früh erstarbt auf der Chaussee aufgefunden. Er starb halb hungrig in seiner Wohnung, in die man ihn geschafft hatte. Konchek lebte in den düstresten Verhältnissen.

### Furchtbarer Selbstmord

Waldenburg, 8. Oktober. Einen furchtbaren Selbst- mord verübte gestern der Bauer Jeptner auf der dritten Sohle des Bismarckgrachtes. Er steckte sich eine Sprengpatrone in den Mund und brachte sie durch Reißzweber zur Explosion. Die Wirkung war eine furchtbare. Der Kopf wurde ihm vom Rumpf getrennt und in Atome zerissen.

### Ein netter Schuttpolizeihauptmann

(Sig. Drahtst.) Biegau, 9. Oktober.

Gegen den hiesigen Schuttpolizeihauptmann Jester ist jetzt endlich ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Jester war der Geliebte der Gräfin Bothmer aus Berlin. Sie, um die beiderseitigen vornehmen Gelüste zu befriedigen, fortgesetzt Diebstähle beging. Neben diesem Verhältnis verführte Jester recht intensiv mit Berliner „Bedamten“. In Begleit war Jester bei seinen Weitergebenen und beim Publikum wegen seines „forschen“ Auftretens berüchtigt. Ein sauberer Durchfall

gegen die Angriffe der Reaktion verteidigen, aber nicht deshalb, weil diese Schulen an sich für den Klassenkampf des Proletariats einen positiven Wert hätten, sondern nur deswegen, weil der jkt auch hier in ein akutes Stadium getreten Kampf mit der Bourgeoisie die von der SPD. irreführenden Proletariatskern und Lehrer am besten befehrt, daß dieser Weg der Er- richtung einzelner „weilicher“ Schulen falsch ist und die Arbeiterklasse vom richtigen Wege ihres Befreiungskampfes „Weltlichkeit des gesamten Schulwesens“ ab- führt. Aber die kommunistische Partei hält es für ihre Pflicht, die Arbeiterklasse von der Neu- richtung solcher einzelnen „weilichen“ Schulen zu warnen, um so mehr, weil die Sozialdemokratie auch jetzt dafür wieder Propaganda macht

und dadurch den geschlossenen Kampf gegen die Schulreaktion zersplittert. Wer sich auf dem Wege der Errichtung einzelner „weilicher“ Schulen begibt, begünstigt damit die Absichten der Bourgeoisie auf konfessionelle Zerstückelung des Schulwesens, überläßt 98 Prozent der Arbeiterkinder widerstandslos der schwärzesten Reaktion und isoliert 1 bis 2% der Arbeiterkinder und deren Eltern von den Massen des Proletariats. Aber den arbeiterfeindlichen Charakter der Schule des heutigen Bourgeoisienstaates beseitigen will, muß gegen die Zer- stückelung der wirtschaftlichen und sozialen Existenzbedin- gungen den Kampf richten. Die Errichtung einzelner „weil-



liger" Schulen aber verrinnert diesen Kampf in einer Frage ledig des Unterrichts, erwidert die Mission, als ob innerhalb des heutigen Staates in "weilichen" Schulen dauernde und wirkliche Erfolge erzielt werden könnten und führt dadurch die Arbeiterklasse vom richtigen Weg des Kampfes ab. Der Schulkampf der Arbeiterklasse muß durch die Klasse als Ganzes und für die Klasse als Ganzes geführt werden. Deshalb keine Zerstückung, keine Nothilfe in einzelnen weilichen Schulen, sondern Führung des Kampfes auf breiterer Front!

Dieselbe bürgerliche Mehrheit, die die Hoff- und Stimmgebung mit unheiliger Brutalität durchgepeitscht hat, wird sich für die Durchführung der Schulreaktion zumarmenfinden. Das sozialdemokratische Verstecken, ob sich durch parlamentarische Mittel diese Absichten der Reaktion nicht verhindern lassen, läuft auf eine Täuschung der Massen hinaus. In Wirklichkeit hat sich die Sozialdemokratie längst praktisch auf den Boden der Schulleistungen gestellt, der sie das ganze Schulwesen um den Preis einiger "weilichen" Schulen überlassen wird.

Demgegenüber hält die kommunistische Partei an der alten Forderung der Arbeiterklasse fest: Einheitsliche, proletarische, proletarischer Charakter der Schule, die in Sowjetrußland bereits verwirklicht ist. Erst mit der Eröfnung der politischen Macht wird die Arbeiterklasse in der Lage sein, die antiproletarische Schule des kapitalistischen Staates in die Schule der proletarischen Klasse zu verwandeln. In der gegenwärtigen Periode, wo sich die heutigen Arbeitermassen erst noch sammeln müssen zur Überwindung der Bourgeoisie, muß der Kampf mit allen Kräften geführt werden.

Für die Einheitslichkeit des Schulwesens;  
gegen die Zerstückung der Schule;  
für strengste Trennung von Kirche und Schule;  
gegen die Schulreaktion in evangelischer wie in katholischer Form;

für Mitbestimmung der Werktätigen durch ihre Klassenorganisationen an der Schulleitung, Schulverwaltung, Schulkonferenz, auch bei Anstellung, Versetzung und Entlassung von Lehrpersonen;  
gegen den Mißbrauch der Schule für die Zwecke der kapitalistischen Klassenherrschaft.

Zentralkomitee der KPD. (Sekretariat).

### In Locarno Durchmarschrecht gegen Rußland gefordert

Chamberlain rät Stresemann zum Nachgeben

Berlin, 9. Oktober.

Die gestrige Vollziehung der Konferenz von Locarno brachte bestiges Zusammenstoßen der Gegenstände um Artikel 16 der Völkerverträge seiner Durchmarschrecht. Stresemann erklärte, die Diskussion habe gezeigt, daß eine Verständigung nicht möglich war. Die deutsche Delegation sieht sich entgegen allen Hoffnungen, einer gescheiterten Front der Ablehnung gegenüber. Das Berliner Tageblatt wagt zu melden, daß Chamberlain Stresemann angeboten habe, nur unbedenklich dem Völkervertrag unterzuziehen. Englands Verhalten sei dann starrer. Stresemann habe abgelehnt. Heute nach der "Berliner" -Berichterstattung zugaben, daß auf Grund des Artikels 16 Deutschland "freiwillig" gezwungen werden könnte, an einer gemeinsamen Aktion gegen Rußland aktiv oder passiv teilzunehmen.

### Schlichterin über den Artikel 16

(Sig. Draht.) Berlin, 9. Oktober.

Beim Pressekontakt des Sonderbotschafts weiß Schlichterin auf den finanziellen Vorrat englischer Banken gegen Rußland hin. Rußland hat Informationen darüber, daß England Frankreich zu gemeinsamen Angriffen gegen Rußland zu bewegen sucht, was Frankreich ablehnt. Der englischen Politik gegenüber Deutschland, Meeres durch Schlichterstätigkeit an sich zu binden, verteidigt Schlichterin auf eine Erklärung Stresemanns, daß Deutschland vom Völkervertrag unter Druck gesetzt werden könnte. Eine grundsätzlich ablehnende Haltung nehmend Rußland gegenüber den Völkerverträgen, auch wenn ein Beobachter erlaubt werden sollte.

### Der rote Späher

Aus dem Tagebuch des Bäckers Kiffischkin  
Erzählung aus Sibirien von Reskulschan

„Was reden Sie da für dummes Zeug? Erfahrung, nicht erfahren? Reden Sie, wie Sie gehört... Kennst du mich nicht? Wer hat gewagt, Sie zu verhaften, und was ist das für ein blöder Witz? Haben Sie ihn gelesen?“

„Nur, lesen Sie's nochmals, aber laut!“

„Seiner Excellenz dem Hochkommandierenden, Generalmajor Bopello-Dawidow, hier. Eben hat mich einer vom Nachrichtenbureau verhaftet. Ich hätte Eure Excellenz sehr liebten Sie mir! Sie wissen, daß ich unknackbar bin. Die Ihnen bekannte Lektoria Pugowina, Begleiterin Ihres Wagens Nr. 4771.“

„Was, was sagen Sie dazu? Vor drei Stunden ist Sie aus dem Wagon geflohen, um Kisten zu holen. Sie haben sich währenddessen irgendwo herumgezogen. Jawohl! Und ich las die Zeitung. Jawohl! Es vergeht eine Stunde — Sie kommt nicht. Noch eine Stunde! Sie kommt noch immer nicht! Ich muß in die Stadt gehen und 'u nicht, denn ich laun hoch den Wagon nicht stehen lassen. Sie aber sind nicht da! Ich warre ungeduldig, da kommt es ein Dummel und übergibt mir den verrückten Witz da. Während ich ihn las, hat ihn der Teufel wieder fortgeschoben. Und niemand da, den man fragen könnte. Sie sagen, Sie haben versucht, zu erfahren? Was haben Sie erfahren?“

„Auf Ihren Befehl habe ich den Leiter des Nachrichtenbureaus zum Telefon gerufen und ihm den Befehl Eurer Excellenz übermitteln, die verhaftete Pugowina sofort freizulassen.“

„Was, und?“

„Er hat sofort Nachforschungen angezettelt. Er möchte aber feststellen, daß niemand, auch keine Pugowina, verhaftet worden sei.“

„Witz der Teufel! Wie es scheint, ist es bei denen nicht richtig im Gehirnlappen! Verhaften jemand, ohne meine Einwilligung abzuwarten, und dann verurteilen Sie mich die Verurteilung, Mrs. Teufel! Sowjetwirtschaft! Ich bins aber müde.“

### Polizeiüberfall auf die kommunistische Presse! Das Grundstück Trebnitzer Str. 50 von Schupo befehlt

Heute vormittag um 10.30 Uhr, wurde das Grundstück Trebnitzer Straße 50, in dem sich die Druckerei, Redaktion und Verlag der „Kommunistischen Arbeiter-Zeitung“ und des „Bergbau-Berichtes“ von circa 20 Sipobeamten und einer Anzahl Kriminalbeamten befehlt.

Die unter Führung des berüchtigten Kriminalkommissars H. C. Kerscheneke Polizeitruppe besetzte alle Ein- und Ausgänge und nahm unbestimmt um die Fertigstellung der Zeitung die Personalien des gesamten technischen und kaufmännischen Personals auf. Ferner fand eine umfangreiche Durchsuchung des ganzen Hauses statt. Die Maßnahmen erfolgten mit außerordentlicher Aggressivität. Die Beamten pflanzten sich an den Türen des Einganges auf und ließen niemanden passieren.

Durch diesen Polizeiüberfall, dessen Zweck bis zur Stunde noch nicht bekannt ist, wurde die rechtzeitige Herstellung unseres Blattes verhindert.

Die Polizei verwehrt nicht nur den im Betrieb Beschäftigten, sondern sogar den Hausbewohnern jeden Aus- und Eingang. Die Durchsuchungen dauern bis zum Schluß der Redaktion an.

### Genosse Smolka verhaftet!

Sorben erfahren noch, daß der hier auf Urlaub weilende Genosse Josef Smolka, im Verlauf der Polizeirazzia verhaftet wurde.

Auch Schiedsgerichtsvertrag lehne Sowjetrußland ab, da es keine Schiedsrichter zwischen Arbeiter- und kapitalistischen Staaten geben kann.

### Ein kommunistisches Schulprogramm

(Schluß)  
13. Die Zulassung zu den Produktions-Hochschulen ist abhängig von den erfolgreichen Besuch der Produktionsfachschule und der Empfehlung durch die für den Bewerber zuständige gewerkschaftliche und berufliche Organisation. Die Kosten für Unterricht und Studium der Hochschüler trägt der Staat. Bis zur Durchführung der Reorganisation des unteren und mittleren Schulwesens sind an allen Hochschulen und Universitäten Vorbereitungskurse für Angehörige des arbeitenden Volkes einzurichten. Die Zahl der an den Produktions-Hochschulen zuzulassenden Schüler und Schülerinnen wird jährlich gemäß dem Bedarf an akademisch gebildeten Kräften vom Staate unter maßgebender Mitwirkung der Organisationen des werktätigen Volkes festgesetzt.

14. Die Schulgemeinschaften werden lokal- und berufsweise zusammengefaßt zu Schulverbänden. Zweck der Schulverbände ist die gegenseitige Förderung, der Austausch von Lehrern und Schülern, Lehr- und Lernmitteln, gemeinsame Veranstaltung von Exkursionen usw. Die Schulverbände umfassen sowohl Schulen derselben Stufe wie Schulen der verschiedenen Stufen.

15. Die berufliche Ausbildung der Lehrkräfte für alle Schulstufen findet auf der Hochschule in Verbindung mit praktischer Erziehungsarbeit statt. Jede Lehrkraft muß neben der theoretisch-pädagogischen und pädagogisch-psychologischen Ausbildung mindestens auch einen industriellen oder landwirtschaftlichen Berufsweg vollstommen beherrschen. In der Lehrerbildung sind pädagogisch bewährte Qualitätsarbeiter durch Kurse für die Vorbereitung an Schulwerkstätten und Fabrik- und Bergbauwerkstätten. Die heutigen Seminaristen und akademisch gebildeten Lehrkräfte sind durch geeignete Kurse und praktische Lehrgänge in den Großbetrieben für die Erfordernisse der sozialen Produktionschule heranzubilden.

### Genossen! Rote Frontkämpfer! zum roten internationalen Meeting!

### Parole Sonntag Martliffa

### zum roten internationalen Meeting!

Leutnant, geben Sie sofort, noch in dieser Minute, rufen Sie den Leiter des Nachrichtenbureaus. Verhalten da, ohne meine Einwilligung. Zweineinhalb!“

Der Leiter des Nachrichtenbureaus war auch nicht imstande, den Jörn der erbotenen Exzellenz zu beistimmen. Im Gegenteil. Er machte ihn noch viel wütender. „Denn es stellt sich heraus, daß nicht nur keine Pugowina, sondern überhaupt keine Begleiterin im ganzen Bereich verhaftet worden war. Auch er hatte keine Ahnung davon, wohin die Pugowina geraten sein konnte.“

„Gärend und brüllend, nachdem er einige Glas Cognak hintergeheimlich hatt, gab der General seinem Adjutanten den Befehl, sofort „dringend“ einen anderen Begleiter anzufordern. „Aber nur einen Begleiter, keine Begleiterin, sonst wird mich die auch wieder gehöhnt! Die Hunde! Und das Lektoria Pugowina mit gefunden wird! Hören Sie, Kitzmeister! Sie können jetzt gehen, aber das Sie sich nicht verziehen, mit ohne Lektoria Pugowina vor die Augen zu stellen. Oder haben Sie die Frechheit, das einzeln Nachrichtenbureau zu nennen, der nicht imstande ist, Nachrichten zu erhalten, wenn dem Hochkommandierenden am hellen hellen Tage eine Begleiterin verloren geht? Zum Teufel auch!“

Der Leiter des Nachrichtenbureaus istig betrübt die Spuren zusammen und ging hinaus. Der Adjutant setzte sich an den Schreibtisch, um den neuen Begleiter für den Kommandanten anzuzubereiten.

VII.

Es geht mir geschmeiert...

Neben dem Wagon des Generals machte sich ein Arbeiter, augenscheinlich ein Schlosser aus dem Depot, mit Kisten und Werkzeugen zu schaffen. Er klopfte mit einem Hammer die Nägel der heranziehenden Waggons, schraubte irgend etwas, hämmerte an den Nägeln herum... Die Wägen brachten ihn nicht weiter, da aus dem Generalwagen das Gefährt des wütenden Hauptlings ununterbrochen röhnte und sie nicht wagten, sich auch nur anzunähern.

Der Schlosser kam zum Wagon gegenüber dem des Generals und machte sich daran, die Puffer zu rufen.

Für sämtliche Vorklässe sind periodische Fortbildungskurse praktischer und wissenschaftlicher Art auf den verschiedenen Gebieten einzurichten. Die dauernde Ausbildung der Vorklässe kann von dem erfolgreichsten Besuch dieser Vorklässe fortbildungskurse ab.  
B. auf die Organisation der Reichsschulangelegenheit im Sinne des obigen Schulgeheimnisses einzurichten.  
brachte mehrere Fraktionen folgende besondere Anträge ein:

### Zur Förderung der Schulhygiene

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, zur allgemeinen Förderung der Schulhygiene

1. den Gemeinden besondere Geldmittel zur Verfügung zu stellen, um die Ernährung und Bekleidung eines jeden proletarischen schulpflichtigen Kindes sicherzustellen. Für alle proletarischen Kinder sind Schulpflichtungen obligatorisch durchzuführen;
2. die schulärztliche Kontrolle durch Einstellung weiterer hauptamtlicher Schulärzte und Schulpflegerinnen fortzuführen, daß auf je 1000 Schullinder ein hauptamtliche Schularzt mit zwei Schulpflegerinnen entfällt. In allen Schulen ist eine gründliche, völlig kostenlose ärztliche Behandlung der erkrankten schulpflichtigen Kinder durchzuführen;
3. in jedem Schulgebäude ein ärztliches Untersuchungszimmer und ausreichende Badeeinrichtungen, Wasser-, Sonnen- und Lichtbäder einzurichten;
4. besonders für die großstädtischen Schulen in erhöhter Zahl Ferienheime, Erholungsheime und Waldschulen zu errichten. Die Auswahl der den Erholungsheimen und Ferienheimen zu überweisenden Kinder erfolgt nach dem Vorschlag des Schularztes durch Schulleitung und Elternräte. Alle öffentlichen Kindererholungsheime sind konfessionell, religiöse Unterweisungen und Übungen haben zu unterbleiben. Die Beeinflussung der Kinder in Erholungsheimen in monarchistischem und militaristischem Sinne unterscheidet.

B. Zur finanziellen Einbürgerung der Durchführung dieser Maßnahmen ist in den Etat der Betrag von 200 Millionen Reichsmark einzusetzen.

Und schließlich noch folgende Anträge:

Der Landtag wolle beschließen, durch Gesetz den 1. Mai als allgemeinen Schulfesttag zu erklären.  
Der Landtag wolle beschließen, das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu dieser Anordnung zu veranlassen, daß die Schulräume aller staatlichen und kommunalen Schulen außerhalb des Schulbetriebes den Organisationen der Arbeiterklasse und der werktätigen Jugend für Veranstaltungen kostenlos zu überlassen sind. Alle gegenwertigen und einschneidenden Erlasse sind aufzuheben.  
Sämtliche Anträge der Kommunisten wurden vom sozialdemokratisch-zentrierten Regierungsbündel abgelehnt.

Die kommunistische Landtagsfraktion brachte den Antrag ein, das Staatsministerium zu ersuchen, Handwerksmeistern, die bei Einstellung von Gehilfen sich von konfessionellen Gesichtspunkten leiten lassen und Lehrlinge, die eine weltliche Schule besucht haben oder der evangelischen oder katholischen Religionsgemeinschaft nicht angehören, von der Lehrstätigkeit auszuschließen, unter keinen Umständen Arbeiten vom Staate oder seinen Behörden zu übertragen.  
Sein Kommunen ist ebenfalls zu verbieten, solchen Handwerksmeistern kommunale Aufträge zu erteilen.

### Vom Tage

In einer Rede stellte sich der deutsche nationale Sozialist hinter die Außenpolitik der Kaiser-Regierung, erklärte sich also für das „zweite Versailles“.

In der Memorandumangelegenheit sind zwei weitere ehemalige Offiziere verhaftet worden, deren Namen geheim gehalten werden.

In Oesterreich streifen 30 000 Arbeiter der Waffenfabrik in Steyer.

Amerikanische Kohlenhändler haben wegen des amerikanischen Bergarbeiterstreiks Kohlenlieferungen in England und Deutschland bestellt.

### Der rote Späher

Aus dem Tagebuch des Bäckers Kiffischkin  
Erzählung aus Sibirien von Reskulschan

„Geda, Brüderchen! Du, mit der Bluse da! Komm mal her!“

Der Arbeiter ließ die Puffer Puffer sein und kam zum Fenster.

„Bist du aus dem Depot?“

„Zu Befehl, Euer Wohlgeborenen. Aus dem Schlosser-Depot. Ich habe die Puffer nachgesehen.“

„Kennst du den Diensthabenden, der die Wagenbegleiter unter sich hat?“

„Zu Befehl. Ich sehe ihn jeden Tag.“

„Dann also gib ihm dieses Schreiben, aber schnell. Daß er heute noch, verstehtst du, heute noch, spätestens bis heute abend, seiner Excellenz einen Begleiter schickt.“

Der Arbeiter nahm das Schreiben, packte seine Werkzeuge zusammen und ging ins Depot.

Im Zimmer, beim Leiter des Begleiterdienstes blühte sich der Arbeiter erst vorsichtig um und nachdem er sich überzeugt hatte, daß niemand außer dem Leiter anwesend war, trat er an seinen Tisch und sagte leise:

„Genosse Gostin, hier ist ein Schreiben vom Kommandanten. Man muß sofort einen Begleiter dort hinschicken, das heißt, keinen Begleiter, sondern man muß nur die Dokumente für den Begleiter herrichten. Mit den Dokumenten wird einer der Anzeigen in den Wagon kommen. Sie müssen dabei aber acht geben. Können Sie es so ein, daß man bei Ihnen nichts erbt, wenn der Begleiter vielleicht hochfliegt. Schlimmsten Falls werden Sie fliehen müssen.“

„Es ist gut!“ — antwortete Gostin. Er war übrigens ein ehemaliger Matrose von dem berühmten Schlachtschiff „Aurora“. „Ich habe gerade keinen Begleiter zur Verfügung. Die einen in alle Winde zerstreut, die anderen abkommandiert, fünf sind im Krankenhaus. Ich werde Ihnen einen Befehl schreiben, auf den Namen — er schaute in die Namensliste — auf den Namen Kurnoffson. Der ist gerade fort, vielleicht ist er in seine Heimat, nach Moskau, hinübergegangen. Ist wahrscheinlich schon drüben, in Sowjetrußland. Ich werde den Befehl auf seinen Namen ausstellen. Ich glaube, es kennt ihn hier fast niemand. Nur sein Name steht im Buch. Wenn etwas herauskommt und man mich fragen sollte, sage ich einfach, ich habe den Kurnoffson geschickt. Wer das ist, geht mich nichts an, ist nicht meine Sache. Begleiter ist Begleiter. Nicht wahr?“

(Fortsetzung folgt.)







**Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Breslau.**

**Hugo Neumann**  
61 Friedrich-Wilhelm-Straße 61  
und  
117 Frankfurter Straße 117  
Spezialgeschäft für Strumpfwaren  
und Schneiderei - Bedarfs - Artikel

**Ad. Hohmuth's Nachf.**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 92  
Manufaktur-, Kurz-, Weiß- und Wollwaren  
Herren-, Damen- u. Kinderbekleidung

Uchtung, Arbeiter-Abfahrer, kauft eure Fahrräder nur im  
**Fahrrad-Haus „Frish auf“**  
Gilliale Breslau, Nikolaistraße 42  
Eig. Reparaturanstalt, Zubehörfelle, Emaillierung, Vernickelung.



Direkt  
ab Fabrik  
**Damen- und Mädchenmäntel**  
Wohl & Alexander  
Breslau I, Am Rathaus 25 m  
rechts vom Hehnel-Fuchs  
Vorzeiger dieses erhält Extrarabatt

**Kaufhaus H. Russ**  
Friedrich-Wilhelm-Straße 92  
Spezialgeschäft für Kurz-, Weiß- u. Wollwaren  
Trikotagen, Strümpfe, und Handtücher  
— sämtliche Artikel für die Schneiderei —

**Kaufhaus Tautenzien**  
Tautenzienstr. 133  
Vorzeiger dieses erhält 5 Prozent Rabatt

**Volts-Gewand-Haus**  
BohnenstraÙe 43  
Parteilmitglieder erhalten Rabatt.

Empfehlenswerte Bezugsquelle  
für Kurz-, Weiß- u. Wollwaren  
Strümpfe und Trikotagen bei  
**Hedwig Hesselbarth**  
Matthiasstrasse Nr. 133

**Paul Schleiß**  
Matthiasstr. 124, Ecke Weidenburgerpl.  
Polamenten, Weiß- und Wollwaren-  
Herrenartikel  
Spezialgeschäft Bettfedern, Toiletts, Züchen  
Bettfedern-Reinigungs-Anstalt im Hause

**Vinzenz-Kaufhaus**  
Vinzenzstraße 59, Ecke Elbingstraße  
(vis-à-vis Wolf-Ausschank, Weidenburgerstr.)  
Beachten Sie die Auslage  
Stümpfe, Wäsche, Schürzen, Weiß-  
und Wollwaren

**Damen-Mäntel**  
Nur moderne Neuheiten  
Jetzt 12.75, 10.25, 9.50, 8.25 und 4.95  
Kaufhaus E. Friedländer, Sonnenstr. 30

**Kaufhaus am Dom**  
Herrn. Sachs Nachfolger  
Wobertstraße Nr. 20

Billigste Bezugsquelle aller Waren  
für Haus und Küche  
**Bedarfswaren / Geschenkartikel  
Spielwaren**

**Walter Titze**  
Kolonialwaren  
Deilkaffees  
Trebniizerstr. 28

**Heinrich Titze**  
Kolonialwaren  
Spirituosen  
Deilkaffees  
Trebniizer Strasse Nr. 52

**Kaufhaus  
Bach & Blachmann**  
Herdastraße 46  
Billigste Bezugsquelle  
für sämtliche Bedarfsartikel

**Wilhelm Hüter**  
Michaelisstraße 23  
Große Auswahl in Wäsche, Trikotagen  
Strümpfen-, Kurz- und Wollwaren

**Kaufhaus Alsenhaus**  
Alsenstraße 49, Ecke Schulgenwiese  
Bestsortiertes Kaufhaus der Nikolai-Vorstadt

**Fahrrad-Handlung**  
Reparatur - Werkstatt  
**GRIEGER**  
Gräbschener Strasse Nr. 52

**Anna Bartsch**  
Tautenzienstr. 173  
Kurz-, Weiß-, Wollwaren

**G. Boeger**  
Kleiderstoffe : Seidenstoffe  
Matthiasplatz 21

**Eugen Hamburger**  
Teichstraße Nr. 31  
Spezialhaus für elegante  
Herren-Bekleidung, fertig  
und nach Maß  
sowie Bekleidung für sämtliche Berufs-  
Windjäten von 91. 9.30 an

Kauft eure Garderobe  
nur bei  
**Bamburger & Co**  
Schweidnitzer Strasse 9

**M. Zippmann**  
Reuthestr. 36, Ecke Königsplatz  
Kleiderstoffe, Wäsche, Trikotagen

**S. Banasch**  
Schuhwarenhaus  
Gräbschener-  
strasse 41 Ecke Friedrichstr.  
Solide Preise

**Herrenkleiderfabrik**  
Katharinenstrasse 9, 1. Etage  
Einzelverkauf

**Gebr. Jedwab**  
Herren- und Knaben-Konfektion  
Arbeiterbekleidung - Tuche  
Gräbschenerstr. 38a, Ecke Friedrichstr.

**Karl Krause, Schuhwaren**  
Eigene Maß- u. Reparaturwerkstatt  
Telephon Ring 2623  
Ring 2623  
Anderßenstr. 19

**Wöbni-Lüpfmann**  
Fischergrasse 2, 1. Etage

**Max Sacher**  
Nikolaistr. 16 - 17  
Sämtliche Wäsche  
und Trikotagen

**Georg Schöneich**  
Frankfurter Straße 115  
Wäsche • Trikotagen • Strümpfe

**Reserviert**

**Führer durch die Geschäftswelt für Arbeiter, Angestellte und Beamte von Langenbielau.**

**Robert Voigßch**  
Eulenbergstraße 4  
Bäckerei und Konditorei  
Lieferant für Arbeiter-Festlichkeiten

**Heinrich Zug**  
Dierigstraße 4  
Herren-, Knaben- und Damen-  
Garderoben  
Klub-Weiten in allen Größen  
Sämtliche Arbeitskleidung

**Oskar Schöbitz**  
Eulenbergstr. 6  
Gasthaus zur Eulengebürgsbahn  
empfiehlt seine Lokalitäten

**Fritz Rosenberger**  
Mittelstraße 1  
Zigarren • Zigaretten  
Tabake

**Wend's Getreidekorn**  
ist in Friedensqualität wieder überall  
zu haben  
Friedrich Wendt & Söhne, A.-G. Langenbielau

**Adolf Böhm**  
Oberlangenbielau : Neuroder Str. 9  
Herren- u. Damen-Bekleidung  
Arbeiter-Bekleidung

**Eduard Filke**  
Eulenbergstr. 10a  
Kolonial-, Manufaktur-, Schuh-  
waren und Bettfedern

**PAUL HENKEL**  
Neuroder Strasse 33  
Kolonialwaren - Farben  
Drogen - Spirituosen  
Einzelausgabe, Einzel- und Mehrpackung

**Paul Wache, Mittelstraße 45**  
Zigarren / Zigaretten / Tabake

**Heinrich Koch**  
Neuroder Straße 6  
Schuhwaren / Kolonialwaren

**A. Winter's Gesellschaftshaus**  
Oberlangenbielau  
Empfiehlt seine Lokalitäten

**Kauft nur bei unseren Inserenten!**

**Conrad Theuer**  
Mittelstraße 39  
Fleischerei und Wurstfabrik

**M. Thorn**  
Schweidnitz, Bergstraße 5  
Herren- und Knaben-  
Garderoben  
Zu besonders billigen Preisen

**Genosse! Du sabotierst Deine Zeitung**  
wenn Du nicht bei jedem Einkauf auf dieselbe hinweist und in den Geschäften, die  
nicht in Deiner Zeitung inserieren wollen, noch weiterhin Deine Waren kaufst! Jeder  
Geschäftsmann, jedes Verkehrs-Lokal, alle  
**müssen in Deiner Zeitung inserieren!**



Locales

Das Verkehrshindernis an der Gartenstraße

Von Swan.

„Waren Sie schon den Verkehrspolizisten an der Gartenstraße begegnet?“

Verkehrsregelung ist in modernen Großstädten ohne Zweifel sehr notwendig. Die Sturzwellen der Autos, Wagen, Straßenbahnen und Fahrräder, die sich in den Hauptverkehrsstunden durch das Straßenzentrum ergießen, müssen an den Kreuzungspunkten dirigiert werden, um Katastrophen zu vermeiden.

Wir in Breslau haben aber in den letzten Tagen noch eine ganz besonders lebenswichtige Neuerung: Einen Verkehrspolizisten, der, so paradox das klingt, zum Verkehrshindernis wird. Während die Beamten am Ring und an anderen Stellen völlig unbeachtet bleiben, belagern Hunderte von Menschen die Verkehrskreuzung Gde Garten- und Neue Schmiedniger Straße.

Die schlesische Gefängnisgesellschaft

Breslau, 9. Oktober.

helt gestern in den Räumen der Gesellschaft für vaterländische Kultur in Breslau ihre Jahresversammlung ab, die sie „erste Tagung für Lebergangshäuser“ nannte.

Auch die pensionierten Beamten rufen nach Brot

(Von einem Pensionär.)

Der große Schieferwerderaal war Mittwoch vormittag von pensionierten Reichs-, Staats-, Kommunalbeamten und Hinterbliebenen gefüllt, die sich mit ihrer Lage beschäftigten.

Tätigkeit der Preisprüfungsstelle

Im Monat September sind bei der städtischen Preisprüfungsstelle, Blücherplatz 6/7 (Fernsprecher 402 21-73) 27 Beschwerden von Privatpersonen und 13 Anfragen auswärtiger Behörden eingegangen.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung

Eine Auslandsanleihe von 25 Millionen — Das ewige Defizit beim Breslauer Stadttheater — Die Not der Erwerbslosen — Notstandsarbeiten, ein Tropfen auf einen heißen Stein

Breslau, 9. Oktober.

Im Mittelpunkt der gestrigen Sitzung stand die Beschlussfassung über einen Dringlichkeitsantrag des Magistrats, betreffend die Aufnahme der städtischen Auslandsanleihe in Höhe von 24 800 000 Mark.

- 1. Zur Erwerbung des Gasversorgungsgebietes 1 500 000 M.
2. Zur Ausgestaltung der Gaswerke 400 000
3. Zur Erweiterung des Wasserrohrnetzes 1 280 000
4. Zur Erweiterung der Elektrizitätswerke 9 800 000
5. Zur Errichtung einer Großmarkthalle 3 500 000
6. Zum Bau einer Hauptverkehrsfläche und zur Vergrößerung des Wagenparks der Straßenbahn 5 500 000
7. Kosten der Anleihe 2 820 000

Die Vorlage wurde von dem Stadtverordneten Hante (Demokrat) begründet und von Frey (Sozialdemokrat) warm befürwortet. Genosse Ammon wandte sich scharf gegen die Ausdehnung des Damespastes auf die Gemeinden und stellte fest, daß zu den Kosten in Höhe von 24 800 000 M. noch 10 Prozent Zinsen treten, die Arbeiter und Erwerbslosen sind es, die ihre Steuergroschen für Zinsen aufzubringen müssen.

Eine längere Debatte entfaltete dann wieder einmal die Theaterfrage. Stadtverordneter Wolf fragte an, was an dem Gerücht, daß das Stadttheater mit dem 1. Juni im Etat 1925/26 zur Neufügung gestellten Gelde nicht auskommen werde und eine neue große Nachforderung zu erwarten sein, wahr wäre.

in Höhe von 200 000 Mark zu erwarten seien. Nach diesen Mitteilungen marschierten eine Reihe bürgerlicher Redner auf, die Bereitstellung von staatlichen Mitteln für das Stadttheater forderten.

Die Arbeiterliste zum Provinziallandtag

Nachdem der Wahltermin nun endgültig auf den 29. November festgesetzt worden ist, tritt die kommunistische Partei als erste von allen Parteien mit ihrer Kandidatenliste auf den Plan.

- 1. Moll, Paul, Breslau
2. Müller, Julius, Ober-Hermesdorf
3. Dombrowski, Artur, Breslau
4. Schulz, Robert, Breslau
5. Ulrich, Artur, Oßlich
6. Krusche, R. G. rd, Freiburg
7. Bräuner, Wilhelm, Sandeshut
8. Reichell, Franz, Langenbielau
9. Banier, Richard, G. g. g.
10. Weinert, Robert, Neusalz
11. Fiegel, Fritz, Briesg.
12. Malzer, Josef, Altwasser
13. Brühl, Erich, Oßlich
14. Reimann, August, Striegau
15. Stredler, Wilhelm, Siebau
16. Heinze, Heinrich, Langenbielau
17. Guder, Alfred, Biegut.
18. Jönka, Thomas, Olgau
19. Wolf, Paul, Stabelwitz
20. Beder, Karl, Neubaldenburg
21. Broske, Fritz, Niesky
22. Seidel, Franz, Jauer
23. Walter, Karl, Sandeshut
24. Schneider, Josef, Langenbielau
25. Friedrich, Richard, Haynau
26. Himmel, Fritz, Sagan
27. Babrowski, Erna, Breslau
28. Jahn, Richard, Altwasser
29. Thomas, Ernst, Bunzlau
30. Girsch, Karl, Schmiedn.
31. Kobens, Christian, Schmiedeb.
32. Müller, Hermann, Langenbielau
33. Buddig, Agnes, Biegut.
34. Elias, Fritz, Olgau.

Sie von uns genannten Genossen, die zum Provinziallandtag kandidieren, haben umgeben die amtlichen Becheintragungen, daß sie im Besitze des passiven Wahlrechtes sind und in der Provinz Niederschlesien wohnhaft sind.

Das Bezirkswahlbüro der KPD

lichen veräppelten Worten über das Schicksal des Ostens und der deutschen Kultur usw. Für die Arbeiter können bei den jetzigen Hungerlöhnen und der großen Verteuerung der Lebensmittel kaum noch in Frage.

Bei der Vorlage, 210 000 M. für Notstandsarbeiten zu bewilligen, wies Genosse Moser auf die in der letzten Erwerbslosenversammlung aufgestellten Forderungen hin.

Am Schluß der Sitzung kam endlich der wiederholt vertagte Dringlichkeitsantrag des Genossen Ammon zur Verhandlung. Er lautet:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, auf die Rückzahlung des durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 2. Juli 1925 bewilligten Darlehens Nr. 4191 den Beamten und Angestellten mit einem Monatslohn bis 165 Mark gewährten Darlehens in Höhe von 100 Mark zu verzichten.“

Die bürgerlichen und sozialdemokratischen Stadtverordneten lehnten eine Unterstützung dieses Antrages ab. Nur die Arbeitnehmersprecher und die Sozialdemokraten Giesner und Vietz stimmten dafür.

SPD- und Bürgerliche verschanzten sich wieder einmal hinter geschickte Bedenken, obwohl Genosse Ammon nachgewiesen hatte, daß Berlin und andere Städte auf die Rückzahlung des Darlehens verzichtet hatten.

Schließlich wurde ein Kompromißantrag angenommen, der die Rückzahlung des Darlehens bis zum Inkrafttreten der neuen Besoldungsordnung aussetzt.

Am 9 Uhr fand die Sitzung ihr Ende.

Achtung! Ortsgruppenkassiere!

Bis zum 10. Oktober 1925 müssen alle Ortsgruppen für September die Abrechnung und das Geld an die Adresse Artur Müller, Breslau 10, Erdniger Str. 50, Postfachkonto Breslau 113 96, eingelangt haben.

Bezirksleitung der KPD, Schützen, 161/17, Kasse.

Parteiveranstaltungen

- Breslau.
- Bezirk Ost, Freitag, 9. 10. abends 7.30 Uhr Bezirksversammlung bei Franke. Referent anwesend. Sympathisierende werden eingeladen.
- Sonnabend, 10. 10. nachm. 3 Uhr treffen sich alle erwerbslosen Genossen bei Franke in Arbeit streikenden Genossen abends 6 Uhr bei Franke.
- Sonntag, 11. 10. früh 8 Uhr treffen sich alle Genossen bei Franke
- Bezirk Nord, Freitag, den 9. Oktober, abends 7.30 Uhr Bezirksversammlung bei Heberich, Weissenburger Platz 4. Alles hat zu erscheinen.
- Gruppe Korob. Alle Genossen(inn) treffen sich Sonntag früh 8.30 Uhr p. l. v. v. in der Str. 6. Alle Stragenführer haben für Massenbesuch zu sorgen.
- Nordost. Sämtliche Stragenzellenleiter hat Freitag, 8. Okt. a. 5-7 Uhr abzurechnen. Sonntag 11. Okt. Großversammlg für Presse. Dienstag 18. Okt. Mitgliederversammlung, Reichshaber, 3 Uhr. Thema: Brief der Komintern (Wichtig).

Kommunistischer Jugend-Verband

Breslau.
- Sonnabend, Fürstenthor, Salzstr. 8, Mitgliederversammlung.

Roter Frontkämpfer-Bund

- Breslau.
- Bezirk Ost, Freitag, 9. 10. abds. 7.30 Uhr erscheinen alle Kameraden bei Franke.
- Sonntag, 11. 10. früh 8 Uhr Antreten bei Franke im Marschgang. Müßt erscheint vollständig. Wer nicht erscheint, wird zur Meisterschaft gezogen.
- Roter Jungsturm. Gruppe Nord. Sonnabend, 10. 10. abds. 8 Uhr Gruppenabend. Lokal, Heberich, Weissenburger Platz 4.
- Nord. Alle Kameraden haben reiflos Sonntag, 12. Okt., abends 7.30 Uhr, Str. 6 zu erscheinen. Wichtig. Gruppenleiter haben alles zu mobilisieren.

Versammlungsanzeigen

- Breslau.
- Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. Sonnabend, 10. 10. abds. 7.30 Uhr in der Bräunelstraße 4 Mitgliederversammlung. Alle Invaliden, die Mitglied sind und auf kostenloserem Boden stehen werden ersucht, gleichfalls zu erscheinen.
- Rote Hilfe. Sonnabend, 10. 10. abds. 7.30 Uhr im Bahnhof zur „Eisenbahn“ Str. 6 Mitgliederversammlung. Referent Rudolf Debe, Breslau.
- Rote Hilfe. Rote Hilfe. Sonnabend, 10. Okt., Bahnhof z. Haynau, Mitgliederversammlung. Alle KPD- und RFB-Genossen haben auch zu erscheinen.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Breslauer Stadtgespräch ist unbedingt die große, lustige Zirkusrevue „Zirkus Busch zu Busch!“ Das ist unser Breslau, wie es die zwanzig Bilder in dunkler Reihenfolge im Zirkus Busch so humorvoll schildern.

Seite abend in allen Mitliederheriammlungen

Thema: Polizeiüberfall auf die Arbeiterzeitung

Seite abend in allen Mitliederheriammlungen

Thema: Polizeiüberfall auf die Arbeiterzeitung





# Betrieb und Werkstatt

## Stilllegung der Segen Gottes-Grube in Altwasser

(Von unserem Betriebsberichterhatter.)

Durch Ausbaur gibt die Verwaltung der Segen Gottes-Grube bekannt, daß mit Wirkung ab 8. Oktober 80 Mann von der Grubenbelegschaft und 40 Mann vom Untertage nach dem Hans-Heinrich-, Gullus- und Bismarck-Schacht verlegt werden. Da die Kumpels mit dieser Verlegung einverstanden sind, danach trägt die Grubenverwaltung natürlich nicht. Für viele von den verlegten Kumpels bedeutet die Verlegung insofern eine Härte, weil sie einen verlängerten Grubenweg vom Wohnort zur Arbeitsstelle haben werden. Vorherlich gibt die Grubenverwaltung bekannt, daß die am 8. Oktober ausgebrochene Kumpelung auch für die verlegten Leute in Kraft bleibt. Die Schächte nach denen die 120 Mann verlegt werden, gehören der Segen Gottes-Grube an und bilden zusammen mit den Gruben im oberen Revier und anderen Werken den Konzern Oberfeld.

Durch die Verlegung der Leute ist der Betrieb der Segen Gottes-Grube vollkommen stillgelegt. Es werden nur die allerwichtigsten Stützearbeiten gemacht werden, um die Grube nicht vollständig zu Bruch gehen zu lassen.

Stilllegung des gesamten Betriebes — das ist die eine Seite der Medaille.

Auf der anderen Seite sieht man, wie die Vorrichtungsarbeiten weiter betrieben werden, wie die neue Wäsche gebaut wird und auch die neue K. Kanäle in aller Kürze in Angriff genommen werden. Die Kumpels beweisen, daß die Grubenverwaltung noch lange nicht bankrott machen.

Die Stilllegung der gesamten Betriebs soll eine weitere Voraussetzung für die Regierung sein. Dadurch wollen die Waldberger Grubenbesitzer gegen die Regierung und der Öffentlichkeit vorübergehen, als seien die Grubenbetriebe unrentabel.

Für die Segen Gottes-Grube wäre es auch kein Wunder, wenn sie mit Unterbrechung gearbeitet hätte. Infolge der Hungerlöhne hatte die Grubenverwaltung keine Leute, um voll Kohle fördern zu können. Auch hätte im Betrieb eine völlige Anarchie die Auswirkungen der Unter- und Oberbeamteten widersprochen eine der anderen. Die Kumpels vor Ort mußten die Kumpels die elende Arbeit drei mal mehr, weil verschiedene Aufsichtsbearbeiter widersprechende Anweisungen über die Ausführung der Arbeit gaben.

Was der Grund zur Stilllegung ist, was er will. Die Kumpels wollen nur eins: für die härtere Arbeit im Lohn, für den man die notwendigen Lebensmittel und Kleider kaufen könnte. Wer die Arbeitlosigkeit haben die Kumpels keine Angst. Wenn man schon hungern muß, so tut man es lieber beim Nächsten.

Es sollen die Grubenbesitzer nicht zu die Hoffnungen auf die Gaskraft der Kumpels haben. Einmal kann auch den Waldberger Bergarbeitern die Geduld reifen.

Wenn die Grubenbesitzer zusammengebrochen: Grubenhaus und erhöhte Schächte haben wollen, so brauchen sie nur ihr provokatorisches Spiel fortzusetzen.

## Der Prügelsteiger Komolitz

(Von unserem Betriebsberichterhatter.)

Trotzdem wir uns schon öfteren mit obengenannten Herrn beschäftigt haben, sendet uns er bei dieser Gelegenheit einen Brief, welcher klar zeigt, wie man die Kapitalisten behandeln soll.

Seidem der Steiger Komolitz vom Abteilungsleiter zum Hilfsleiter nach unten abgewandert ist, und vom Schwerearbeiter auf der Hand der ist wurde, verachtet er mit allen Mitteln, die bei der Bekämpfung wieder sich finden zu machen. Was er so nicht erreichen kann, verächtet er durch Beschleichen zu erlangen. Seit jeder ist es bei uns üblich, daß 20 Wagen in den morgentlichen Curricula laufen und 40 in den nächsten. Komolitz verlangt aber für seinen Übertrag alle Wagen fernbringen zu können, und kann deshalb mit dem Zuführer vom gegenüberliegenden Übertrag in Streit geraten. Im Verlauf dieser Auseinandersetzung schlägt der noch unten abgewanderte Hilfsleiter den Zuführer ein paar mal ins Gesicht. Wie lange das sich die Arbeiter noch gefallen lassen, das man gekannt hat. Es wird höchste Zeit, daß hier einmal Gerechtigkeit mit diesen Herren geübt wird. Die Bekämpfung frage, wie hier vor aller Öffentlichkeit, ob das Verbot des Einschlagens auf der Grube für Arbeiter gilt.

## Zwang zur Heberarbeit

(Zurücksendung.)

(Von unserem Betriebsberichterhatter.)

Wie wenig die Arbeiter im Betribe sind, beweist folgender Vorfall: Auf der Feindenshoffnung verlangt der Steiger vom Bauenden Müller, daß er eine halbe Schicht länger arbeiten soll. Müller weiß es ganz eindeutig zurück, da er in acht Stunden genug arbeiten kann. Als Strafe wird er von einer Arbeit verhaftet nach einer anderen Arbeiter, an seine Stelle tritt kein Arbeiter, sondern die Kumpels, der ohne Werkzeuge die halbe Schicht verbringt. So liegt die Solidarität sozialdemokratischer Arbeiter unter sich an.

Abstandspunkt ist es auf der Feindenshoffnung, wo die Arbeiter, die weniger arbeiten, werden sich weigern länger als acht Stunden zu arbeiten, einfach von ihrer Arbeit zu gehen und ihren Leichter zu organisieren. Wie ist haben wir den Arbeiter schon gesehen, wie wenig ist in den Gruben, die sie mitarbeiten und sie zu künstlicher Kampforganisationen macht, wobei ihr Erfolg, reich gegen die Schließung kämpfen können.

## Schon wieder die sechzehnte Abteilung

(Zurücksendung.)

(Von unserem Betriebsberichterhatter.)

Wiederum hat die unglückliche Frau Harzig aus Waldenberg einen Brief geschrieben, es wurde ihm die Schokolade an den Kumpels.

Schon 7. Abteilungs Abteilung ist eine Bezeichnung unter der ganzen Belegschaft, infolge der dauernden Unzufriedenheit über die Bezahlung, wie die Bergpolizei hat ebenfalls schon gehört.

# Für die Einreihung der Erwerbslosen in die freien Gewerkschaften

### Gewerkschaften, Erwerbslosenfrage und Achtstundentag

Das Jahrbuch des AOBB für 1924 beschäftigt sich sehr eingehend mit den Fragen, die mit den Fragen des Arbeitsmarktes des Erwerbslosen, der Unterführung der Erwerbslosen usw. zusammenhängen. Der Bundesvorstand sucht hierdurch den Nachweis zu liefern, daß er sich unausgesetzt mit dem Erwerbslosenstand beschäftigt habe und auch weiterhin bemüht sei, die Interessen der erwerbslosen Arbeiterschaft zu wahren und zu sichern. Er glaubt, wie es aus den Veröffentlichungen hervorgeht, seine Pflicht erfüllt zu haben, sowohl in bezug auf Fürsorgemaßnahmen zur Unterführung der Erwerbslosen, als auch hinsichtlich der vorbeugenden und arbeitsschaffenden Maßnahmen.

Ueber den Erfolg der Fürsorgemaßnahmen sprechen die selbst von den sozialdemokratischen Vertretern in den Gemeindeparslamenten gestellten Anträge und ihre Hinweise auf die Not unter den Erwerbslosen mehr, als das Zahlenmaterial des AOBB in seinem Jahrbuch veranschaulicht. Es ist eben eine Tatsache, daß mit der Unterführung der Erwerbslosen die Unterführung der Arbeiterkraft von Seiten der Unternehmer und der Regierung alles getan wurde, um die Lage der Erwerbslosen so tief als möglich zu gestalten, um diese Arbeiterschaft in dem Kampf des Kapitals gegen die Interessen der Arbeiter als sehr gewichtige Waffe benutzen zu können. Das Fehlen der Erwerbslosigkeit sollte und soll die Arbeiterschaft zurückhalten von den Kampf um höhere Lohnforderungen, um Verbesserung der Arbeitszeit, um die Forderungen der Unternehmer zu beugen. Die vorliegenden Tatsachen, die in der Arbeiterbekannt sind, zeigen zur Genüge, daß die Unterführung mit diesem Standpunkt eine sehr richtige Politik ist, die aber auch gleichzeitig beweisen, wie man die Erwerbslosenfrage niemals und in keinem Falle als eine alleinige Frage der Erwerbslosen betrachten darf, sondern daß sie eine Frage der gesamten Arbeiterschaft ist und sein muß.

Der Bundesvorstand glaubt aber eine Verbesserung herbeiführen zu können, wenn er nunmehr statt der Erwerbslosenfürsorge eine Arbeitserwerbsförderung, eine Frage, die, wie der vorliegende Gegenstand beweist, von der kapitalistischen Regierung durchaus in einer Weise zu lösen versucht wird, die den kapitalistischen Interessen entspricht.

Der Bundesvorstand tut sich weiter sehr viel zugute darauf, daß er gleichfalls alles getan zu haben vermeint, auch den Forderungen der Arbeiter nach Arbeitsschaffung zu entsprechen. Den Erwerbslosen ist der benötigte Erlaß über die Pflichtarbeit noch in genügender Ermäßigung, der hauptsächlich dazu beigetragen hat, die Erwerbslosen zu Arbeiter zu machen, die sich in vielen Fällen als Maßnahmen zum Lohnrückgang erwiesen. Bei der Unterführung der Arbeiter, um die Notstandsarbeiten einzuleiten, um auf diese Art und Weise Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen.

Aber selbst der Jahresbericht muß zugeben, daß die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr von Monat zu Monat gesunken sei. Eine Tatsache, die wohl auf das engste zusammenhängt mit der in den letzten Monaten einsetzenden Rezession.

Aber all diese Maßnahmen des Bundesvorstandes, der Gewerkschaften haben nicht vermocht, das Fehlen der Erwerbslosigkeit zu mindern, die sich verhängende Krise des Kapitalismus wird immer weiter: Laufende auf Straßenplätzen, eine Tatsache, die sich im Ruhrgebiet, in der Bergbau- und Schmelzindustrie wohl am stärksten bemerkbar macht. Die Wintermonate werden mit Einstellung der Paradiakrie und der Landwirtschaft eine größere und viel härtere Ausbreitung zeigen.

## Für die Einheit der Bauarbeiter

In der Bauarbeiterbewegung steht die Herstellung der Einheit vor beinahe allen anderen Schwierigkeiten. Es muß gleichzeitig nach drei verschiedenen Richtungen gearbeitet werden. Die wichtigste Aufgabe ist die Wiedervereinigung des Verbandes der ausgegliederten Bauarbeiter mit dem Baugewerksbund. Nicht weniger wichtig ist die Vereinigung der Berufsvereinigungen der Berufsverbände (Zimmerer, Maler, Steinmetze, Dachdecker, Polier und Schachtmeister) mit dem BGB. Als letztes kommt in Frage, die Loslösung der in anderen Verbänden organisierten Fachgruppen (Bauarbeiter, Klempner, Rohrleger, Installateure, Sanitärer, Jäger- und Zementarbeiter) von diesen Gewerkschaften und Angliederung an den Baugewerksbund.

Besonders wichtig ist die Lösung dieser Fragen durch das eigenartige Verhalten der Führer des BGB in bezug auf den Verband der Ausgeschlossenen. Für sie sind die Ausgeschlossenen und die 2000 Mitglieder des BGB überhaupt nicht vorhanden. Es sind Ausgeschlossene und davon gelassene und werden von den Unorganisierten gerechnet. Daß diese Auffassung falsch ist, zeigt schon die Tatsache, daß sich der „Grundstein“ in jeder Kammer, jede Bezirksführung und jeder Verbandsleitung mit dem Verband der Ausgeschlossenen befähigen muß. Aber tatsächlich ist der Verband der Ausgeschlossenen eine selbst organisierte Gruppe, ohne die eine gewerkschaftliche Einheit der Bauarbeiter einfach undenkbar ist. Der Bundesvorstand des BGB ist, weil für ihn, wenigstens noch bis vor kurzem, der BGB abstrakt existiert, anderer Meinung, er beschränkte sich darauf, mit den Berufsverbänden der Zimmerer, Dachdecker usw. über den Anstoß zu verhandeln.

Schon lange vor dem Gewerkschaftkongress in Breslau ist zu erkennen, daß der Weg zur Einheit, so wie ihn sich der Bundesvorstand dachte, das heißt die Verschmelzung der Berufsverbände mit dem BGB, auf einem toten Punkt angelangt war. Die Dachdecker und Maler haben durch Abstimmung den Anstoß abgelehnt, die Zimmerer und Steinmetze durch Verbandsratsbeschluss. Der Polierbund befindet sich sogar in einem festigen und mit zum Teil heftigen Argumenten geführten Kampf mit der Polieraktion des BGB. Der Breslauer Gewerkschaftkongress hat nun durch die Ablehnung der Resolution Dismann diesen Weg vollständig verurteilt.

Es muß deshalb unbedingt gefordert werden, daß die Gewerkschaften sich endlich darüber klar werden, daß mit den bisherigen Mitteln das Erwerbslosenproblem nicht gemildert, geschweige denn behoben werden kann. Es steht fest, daß das kapitalistische System, solange es besteht, eine industrielle Reservearmee als eine Notwendigkeit betrachtet. Die gesamte Arbeiterschaft und als deren Vertretung die Gewerkschaften aber haben das größte Interesse daran, die Reservearmee auf das geringste Maß zu beschränken. Wenn berücksichtigt wird, daß mit Fürsorge- oder Beschäftigungsmassnahmen eine wirklich ausreichende Unterführung der Erwerbslosen nicht gewährleistet werden kann, ein Arbeitsbeschaffung infolge Kreditnot und Sabotage der Unternehmer nicht in Frage kommt, so muß ein anderer Weg gesucht werden zur Unterführung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess.

Dieser Weg bedeutet die Aufstellung der Frage des Achtstundentages resp. der Achtstundenschicht im Bergbau.

Die Einstellung der Regierung und insbesondere auch des Reichsarbeitsministeriums hat zur Genüge bewiesen, daß auf dem Wege der Gesetzgebung eine Verminderung der Arbeitszeit oder die Einführung des Achtstundentages nicht zu erwarten ist. Für den Kapitalismus bedeutet die Aufrechterhaltung einer verlängerten Arbeitszeit eine Existenzfrage, sie wird daher gerade in diesen Fragen den stärksten Widerstand entgegenstellen. Die Frage des Achtstundentages resp. der Sechsstundenschicht wird zu einer Maßnahme, die im Interesse der gesamten Arbeiterschaft gelöst werden muß, und die gelöst werden kann, wenn die Gewerkschaften ihren ganzen Einfluß dafür einsetzen, und den Kampf gegen den Kapitalismus aufnehmen.

Diese Frage, die Frage der Arbeitsbeschaffung durch Verkürzung der Arbeitszeit für die noch in den Betrieben stehende Arbeiterschaft ist es, die die Erwerbslosen heranzieht, in aller jeht stattfindenden Verhandlungen zu verlangen, daß die Gewerkschaftsführer von ihrem Standpunkt abgehen, die Ausnahme von Erwerbslosen in die gewerkschaftlichen Organisationen zu verhindern. Die Gründe, die von den Gewerkschaftsbürokraten für diesen Standpunkt angegeben werden, sind so wichtiger Natur, daß sie gar nicht in Frage kommen dürften, aber die wahren Gründe liegen ja auch tiefer. Sie fürchten, daß wenn die Erwerbslosen in den Gewerkschaftsversammlungen zu den Mitgliedern sprechen, daß dann Beschlüsse zustande kommen könnten, die ihrer arbeitgemeinschaftlichen Einstellung entgegenstehen, daß durch die erwerbslosen Mitglieder eine Radikalisierung der übrigen Mitgliedschaft eintreten könnte.

Diese Einstellung der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie muß deshalb auf das Schärfste bekämpft und zurückgewiesen werden, weil sich der Angriff des Kapitals gegen die gesamte Arbeiterschaft richtet und die gesamte Arbeiterschaft ihm begegnen muß.

Noch schärfer und noch brutaler werden die Unternehmer ihre Ziele, die eine noch weitere Ausgliederung der breiten Massen festzusetzen, verfolgen, wenn die Gewerkschaften sich nicht auf ihre Angelegenheiten besinnen und auf dem Wege des Klassenkampfes für die Interessen aller Arbeitenden, für den Achtstundentag resp. die Sechsstundenschicht eintreten.

Den Mitgliedern der Gewerkschaften erwächst die Pflicht, in allen Versammlungen zu den Fragen der Erwerbslosen Stellung zu nehmen und eine andere Stellungnahme der Führer durch ihre geschlossenem Auftreten zu erzwingen.

Aber die Bauarbeiter wollen die Einheit. Auch die Mitglieder der Berufsverbände sind nicht grundsätzlich gegen die Einheit. Sie haben nur deshalb kein Verlangen zum Anschluß an den BGB, weil sie alle Tage mit eigenem Augen sehen, daß der BGB eigentlich weiter nichts ist als ein Bund von Berufsverbänden. Sie sagen sich, wenn schon Verbandspolitik gemacht werden soll, daß dann dieselbe am besten und höchsten in einem selbständigen Berufsverband durchgeführt werden kann. Wenn also ein wirklicher Schritt zur Einheit gemacht werden soll, dann ist die Voraussetzung dazu ein offenes und allen Arbeitern klar verständliches Bekenntnis für eine tatsächliche Gewerkschaftseinheit. Eine solche, allen Arbeitern verständliche Geistes ist die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Bauarbeiter in den BGB.

Die Führung des Baugewerksbundes sträubt sich noch dagegen und das ist verständlich, denn die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen ist gleichbedeutend mit einem Eingeständnis der schweren Fehler in der Politik der Bauarbeiter und Genossen. Man muß nämlich bedenken, daß in keiner Industriegruppe die Entstehung der revolutionären Spalterorganisationen so offensichtlich durch Verschulden der Gewerkschaftsführer entstanden ist als im Baugewerbe. Die Union der Hand- und Kopfarbeiter und die daraus hervorgegangene Bergbau-Union und Metal-Union sind aus eigener Initiative der revolutionären Arbeiter entstanden. Ebenso der Schiffbauersyndikat und die übrigen selbständigen Verbände. Bei der Aufnahme der Bergbau-Union konnte der Vorstand des Bergarbeiterverbandes immer noch einigermassen den Anschein wahren, als ob er dadurch nicht eigene Fehler liquidiert und wieder gut macht, sondern die Fehler anderer Leute, die der Gründer der „Union“ zuzuschreiben liegen die Verhältnisse beim Schiffbauersyndikat. Der Führung des Baugewerksbundes ist das unmöglich. Wiederholt hat sie sich durch Bezirks- und Verbandsbeschlüsse bekümmern lassen, daß der Ausschluß der Kommunisten und die Auflösung ganzer Zellstellen notwendig war im Interesse der Bauarbeiterbewegung. Die Ausgeschlossenen wieder aufzunehmen, heißt aber die Unmöglichkeit und Schädlichkeit der Ausgliederung anerkennen und das ist schwer, sehr schwer für die Verantwortlichen dieser Politik. Aber die Bauarbeiter wollen die Einheit, und die Führer werden sich fügen müssen. Der Abschluß des letzten Kampfes hat ganz besonders dazu beigetragen, den Willen zur Einheit zu stärken.

(Fortsetzung folgt.)